9. Rundschreiben.

Liebe Brüder !

I. Da wir von vielen Seiten wegen der Bedeutung der von der „Nationalsynode“ beschlossenen Gesetze gefragt werden, senden wir zur Unterrichtung anliegend ein Gutachten von Reichsgerichtsrat Flor über das Gesetz der D.E.K. vom 7. Juli 1934 über die Bestellung der Mitglieder der „Nationalsynode“. Dieses Gutachten ist nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, also nicht in die Presse zu bringen, wird uns aber zu der Erkenntnis führen, daß alle Beschlüsse dieser „Nationalsynode“ nach kirchlichem und weltlichem Recht ungültig sind.

II. Mit herzlichem Dank entnehmen wir aus dem 16. Rundschreiben der Bekenntnisgemeinschaft der lutherischen Landeskirche Hannovers die hier folgenden Ausführungen, die uns zur Urteilsbildung über die Gesetze der „Nationalsynode“ wertvolle Dienste leisten können.

Erläuterungen und Stellungnahme zu den von der sogenannten
Nationalsynode beschlossenen und erlassenen Gesetzen.

1. Kirchengesetz über die Leitung der D.E.K. und der Landeskirchen.

Zu § 1:

Die kirchliche Gesetzgebung ist fortan ausschließlich Sache der D.E.K. auch, was die einzelnen Landeskirchen angeht. Das gesamte Gesetzgebungsrecht ist von der D.E.K. in Anspruch genommen, auch der Landesbischof ist als Gesetzgeber ausgeschaltet. Gegenüber den sogenannten Eingliederungsgesetzen weitere Ausdehnung der Rechte der D.E.K. Während in diesen alle Sachen, die Bekenntnis und Kultus angehen, ausgenommen waren, jetzt nur noch selbständige Regelung der Landeskirchen in Dingen, die ausschließlich Kultus und Bekenntnis angehen. Alle res mixtae fallen unter die Gesetzgebungsgewalt der D.E.K. Nach hannoverschem Kirchenrecht gehören zum Bekenntnis und Kultus: Bekenntnis und Lehre, Seelsorge, Kultus, Kirchengzucht, Vorbildung, Prüfung, Ordination für das geistliche Amt: Anstellung und Entlassung der Geistlichen, der Superintendenten u. Generalsuperintendenten, sowie Amtsführung, Fortbildung und Wandel der Geistlichen, schließlich auch der Religionsunterricht. Nach den Begriffen der D.E.K. scheint unter Bekenntnis und Kultus nur zu fallen: ausdrückliche Beschlußfassung über Bekenntnis bzw. Änderungen des Bekenntnisstandes, ebenso ausdrückliche Beschlußfassung hinsichtlich der Liturgie, evt. auch -aber manche Äußerungen des Reichsbischofs aus früherer Zeit stehen dagegen- das Gesangbuch.

Gesetzgeber für die D.E.K. wie für die Landeskirchen ist ausschließlich das geistliche Ministerium. Dieses kann, wenn es will, die Nationalsynode oder die Landessynoden beteiligen. Träger der Souveränität ist -im Unterschied zu der Verfassung der D.E.K.- das geistliche Ministerium.

Es ist unsicher, ob „Bereich“ in Absatz 4 den örtlichen Bezirk oder den Sachbereich meint. Wahrscheinlich ist das Letztere. Dieser Absatz

geht vor allem auf die noch nicht eingegliederten Kirchen (Bayern und Württemberg). Die D.E.K. kann auf dem Verwaltungswege die Legislative in diesen Kirchen in Anspruch nehmen. Der Rechtswalter bestimmt, welche Sachgebiete der Gesetzgebung dieser Kirchen er für die D.E.K. in Anspruch nimmt.

Zu § 2: „Wägen“: Dadurch hat die Kirchenleitung jeweils völlig freie Hand, nach ihrem Gutdünken zu entscheiden. Ein objektives Merkmal für die Willensbildung ist nicht vorhanden.

Zu § 3: Weisungen ergehen nicht nur, wie in den sogenannten Eingliederungsgesetzen vorgesehen, an Landesbischöfe oder Präsidenten des reformierten Landeskirchenamtes, es ist vielmehr ein Eingriff des Reichsbischofs in die Verwaltung und eine Durchkreuzung der Maßnahmen des Landesbischofs möglich. Der § geht hierin deutlich über die Bestimmungen der sogen. Eingliederungsgesetze hinaus und nimmt Rechte in Anspruch, die die Autorität des Landesbischofs zerstören.

Zu § 4: Siehe oben zu § 1. Eine genaue Bestimmung darüber, was denn nun zum Bereich von Bekenntnis und Kultus gehört, wird nicht gegeben, scheint auch nicht beabsichtigt. Jedenfalls liegt die Entscheidung darüber nach § 1, Abs. 4 bei dem unierten Rechtswalter der D.E.K.

Zu § 5: Wichtiger und weitreichender als die genannten Bestimmungen der D.E.K., die aufgehoben werden, ist der unfaßbare und sehr dehnbare Begriff: „sowie sonstige entgegenstehende Bestimmungen“. Hiermit werden alle Einschränkungen für die Leitung der D.E.K. beseitigt, ganz gleich, ob sie in den Bestimmungen der sogen. Eingliederungsgesetze, in altem Recht der Landeskirchen oder in Verträgen bestehen, an denen die D.E.K. beteiligt oder nicht beteiligt ist. Der bisherige Träger der Souveränität der D.E.K. ist für die Zukunft von der Mitwirkung bei Verfassungsänderungen ausgeschlossen. Es gibt damit keine Stelle mehr, die dem Reichsbischof gegenüber auf die Wahrung der Kirchenverfassung halten kann. Auch die Unabhängigkeit der Nationalsynode als Finanzkontrollorgan ist dadurch beseitigt.

Gesetz zur Sicherung des reformierten Bekenntnisstandes.

Zu § 1: Für die reformierte Kirche Hannover bleibt der Landeskirchentag mit wirklichen Rechten erhalten. Kirchengesetze für das Gebiet der reformierten Kirche können nur auf seinen Antrag oder auf Grund seiner Beschlußfassung erlassen werden. Damit bleibt dem Landeskirchentag eine materielle Mitwirkung bei dem Zustandekommen der seine Kirche angehenden Gesetze. Der reformierte Landeskirchentag hat weiter das Recht der Ernennung der maßgebenden Persönlichkeiten in der Führung der reformierten Kirche. Dem Landeskirchentag gegenüber gibt es keine Weisungen der Reichskirche. Zu beachten ist, daß aber auch hier das Gesetzgebungsrecht als solches auf die deutsche Evgl. Kirche übergegangen ist. Sie ist Träger der Legislative. Der reformierte Landeskirchentag hat lediglich eine Mitwirkung.

Der Reichsbischof hat indessen auf Grund § 3 des Gesetzes über die Leitung der D.E.K. jederzeit die Möglichkeit, auf dem Wege der Verwaltung durch Weisungen an eine der leitenden Stellen der Kirchenleitung einzugreifen.

Zu § 2: Da nur eine einzige reformierte Kirche in Deutschland vorhanden, besteht zwischen dieser und reformierten Mitglied Geistl. Ministeriums völlig andersartiges Verhältnis als zwischen lutherischem Mitglied und lutherischen Kirchen. Entscheidende Instanz für Einspruchsfälle ist indessen beratende reformierte Kammer, die vom Reichsbischof berufen wird.

Gesetz muß infolgedessen so beurteilt werden, daß Eingliederung mit erheblich größeren Reservaten als bei anderen Kirchen auf kaltem Wege erreicht wird, reformierte Kirche muß zugestehen, daß auch Gesetzgebungsrecht bei bekenntnismäßig nicht gebundenen außer ihr bestehenden Stellen liegt und ist im Streitfall an die maßgebliche Entscheidung einer Instanz gewiesen, die von einer vom Reichsbischof abhängigen Stelle gefällt wird.

Beachtlich bleibt immerhin, daß der reformierten Kirche zugegeben wird, daß Bekenntnisstand und Kirchenführung in Verbindung miteinander sind, während für lutherische Kirche eine entsprechende Regelung nicht für notwendig gehalten wird.

Vor allem wird durch dieses Kirchengesetz eindeutig bestätigt, daß für die wünschenswerte Einheit der D.E.K. die bedingungslose Übertragung der Gesetzgebung auf ihre Organe keineswegs erforderlich war. Wird diese Einheit nicht durch das hier zugestandene Gesetzgebungsrecht der reformierten Kirche gestört, so wäre es auch durch ein gleiches Recht der lutherischen Kirchen nicht beeinträchtigt. Die Behauptung der Deutschen Christen, um der Einheit der D.E.K. willen müßten die lutherischen Kirchen ihr Gesetzgebungsrecht im vollen Umfang aufgeben, wird damit durch die D.E.K. selbst Lügen gestraft.

Kirchengesetz über den Diensteid der Geistlichen u. Beamten.

Dieser sogenannte Diensteid verkoppelt zweierlei: den Huldigungseid für das Staatsoberhaupt und den kirchlichen Diensteid. Das war schon bei dem früheren altpreussischen Diensteid der Pfarrer der Fall seit der Zeit, wo dort die Kirche völlig Staatskirche war, und in der Zeit von 1868-1918 auch bei uns in Hannover. Vorzuziehen ist die Trennung beider Eide, wie sie früher in Hannover bestanden hat.

Die jetzige Formulierung lehnt sich an die frühere altpreussische an. Umsomehr sind die Abweichungen zu beachten.

Zum Huldigungseid.

An Stelle von „dem geistlichen Amt“ wird gesprochen vom Amt der Verkündigung. Der bestimmte mit einem bestimmten Ethos erfüllte Begriff des geistlichen Amtes wird ersetzt durch den unbestimmteren: Amt der Verkündigung. Es kann nicht gesagt werden, daß dieser Ausdruck eindeutig und klar ist. Ist es so, daß die jetzige Kirchenführung kein rechtes Verständnis dafür hat, daß in dem Wort „geistliches Amt“ ein unmittelbarer Anklang an „Pneuma“ = Heiliger Geist liegt.

Es heißt „Diener des Evangeliums in der D.E.K.“. Es heißt nicht Diener des Evangeliums. Es heißt auch nicht Diener der christlichen Kirche, wie in dem zugrundegelegten altpreussischen Eid. Während in den früheren Fassungen der Maßstab im Christlichen, bei

Christus, d.h. im göttlichen Auftrag lag, ist der Maßstab jetzt die äußerlich verfaßte D.E.K., die als Kirche im Vollsinn nicht anerkannt werden kann. Anstelle der in der Formulierung „Diener des Evangeliums“ oder „Diener der christlichen Kirche“ klar hervortretenden Bindung an die göttlichen Normen (Röm. 13, Matth. 22,21, Act.5,29 u. Hes.33) tritt durch diesen Eid die Bindung an die Auslegung einer irdischen Instanz, nämlich der D.E.K.

Zum Diensteid:

Maßgebend für die Erfüllung der Pflichten sind zwei Dinge: Die Ordnungen der Deutschen Evangelischen Kirche und die „in diesen Ordnungen an mich ergehenden Weisungen“. Unter Ordnungen können zunächst nur die Verfassung und die Kirchengesetze der Deutschen Evangelischen Kirche verstanden werden. Sachliche Bestimmungen über die Ausübung des Pfarramtes enthalten diese zur Stunde noch garnicht oder nur in eng begrenztem Umfange. Es muß auch bestritten werden, daß ein bekenntnismäßig nicht gebundenes Kirchenregiment in der Lage ist, für die Ausübung bekenntnismäßig gebundener Pfarrämter bekenntnismäßig begründete oder bekenntnismäßig wirksame Ordnungen zu geben. Unter diesen Umständen erhebt sich die Frage, was unter „Ordnungen der Deutschen Evangelischen Kirche“ überhaupt verstanden werden kann.

Die Weisungen im Eide besonders zu erwähnen, ist überflüssig; denn entweder erfolgen sie im Rahmen der Ordnung und sind in deren Befolgung eingeschlossen, oder sie verstoßen gegen die Ordnung, und dann sind sie rechtsungültig.

Die neue Form des Eides heißt „..... daß ich der Gemeinde... mit allen meinen Kräften in Liebe und Treue dienen werde“. Die Vorlage hieß: „..... in meiner Gemeinde als ein treuer Seelsorger mit allem Ernst und Eifer bemüht sein werde, durch Lehre und Wandel das Reich Gottes und meines Herrn und Meisters Jesu Christi zu bauen.“ Die Änderung bringt zum Ausdruck, daß man die Kirche als rein säkulare, innerweltliche Angelegenheit betrachtet und ihren Aufgabenkreis als rein irdisch weltlichen begreift, wie denn auch die Pflichten des Pfarrers rein innerweltlich umschrieben werden.

Im Anschluß an den Eid entstehen etliche Fragen. Wie verhält sich der Eid zum Ordinationsgelübde, wie zu den Verpflichtungen auf Bekenntnis und Ordnung der Landeskirche? Tritt der neue Eid an Stelle der bisherigen Bestimmungen und Anordnungen der Landeskirche und hebt sie auf? Was bedeutet: entgegenstehende Bestimmungen finden keine Anwendung? Warum werden nicht in den Eid aufgenommen: Bindung an Gottes Wort und Bekenntnis? Daß die Landeskirchen nicht aufgenannt sind, ist völlig verständlich, nachdem im Gesetzblatt Nr. 46 der Deutschen Evangelischen Kirche die Gliederung der Deutschen Evangelischen Kirche zukünftig nicht mehr in Landeskirchen, sondern in Gebietskirchen aufteilt.

Gesetz über die Rechtmäßigkeit von gesetzlichen
und Verwaltungsmaßnahmen.

Bei den Gesetzen, deren Rechtmäßigkeit festgestellt wird, handelt es sich u.a. um: Gesetz über die Leitung der evangelischen Kirche der Altpreußischen Union; Kirchengesetz über die Bestellung der Mitglieder der Nationalsynode. Verordnung zur Regelung der kirchlichen

Lage in Württemberg, Verordnung des Reichsbischofs betr. Hessen-Kassel; Gesetze bzw. Verordnungen betr. die Neuregelung in der Leitung der Kirche der Altpreußischen Union.

Außer solchen Gesetzen des Reichsbischofs gibt das vorliegende Kirchengesetz auch die Möglichkeit, sämtliche illegalen und in keiner Weise rechtlich begründeten Maßnahmen einzelner Landeskirchen nachträglich zu legalisieren. Dazu gehört etwa die Neuregelung der Verfassung an der bremischen Kirche, dazu gehört die Aufhebung der rheinisch-westfälischen Kirchenordnung durch den Reichsbischof als Landesbischof. Dazu gehören die zahlreichen Illegalitäten und Unzuständigkeiten bei den Eingliederungsgesetzen. Dazu gehört auch die Berufung des Rechtswalters der Deutschen Evangelischen Kirche. Über das Gesetz über die Bestellung der Mitglieder der Nationalsynode bitten wir das Gutachten von Reichsgerichtsrat Flor zu vergleichen. Ebenso bitten wir die in der letzten Nummer der „Jungen Kirche“ abgedruckten Urteile in den bisher zur Verhandlung gekommenen Prozessen zu vergleichen.

Es könnte die Frage sein, ob der Sinn dieses Gesetzes ist, daß für die vorhandenen illegalen Maßnahmen Straffreiheit zugesichert wird oder aber ob die Meinung ist, daß die illegalen Maßnahmen nunmehr als zu Recht bestehend erklärt werden. Gemeint ist offenbar das Letztere: Auf illegalem Weg entstandenes Recht soll nunmehr als rechtmäßig anerkannt werden. So ist z.B. laut Gesetz- und Verordnungsblatt der D.E.K. das Gesetz des Kirchensynodes unsrer hannoverschen Landeskirche über die Zuruhesetzung von Mitgliedern und Beamten des Landeskirchenamtes vom 13.9.1933, das durch Gerichtsurteil in erster Instanz als rechtsungültig bezeichnet ist, nunmehr rückwirkend als verfassungsändernd und rechtmäßig bezeichnet.

Gesetz über Beflaggung kirchlicher Gebäude.

Die Kirchenfahne verschwindet. Festzustellen ist, daß das Motiv der Schaffung dieser Flagge nicht der Gegensatz gegen Schwarzrotgold, sondern die aus dem Staatskirchentum herausgelöste eigenständige Kirche ist.

Das Symbol der Kirche fällt. Die Kirche biegt wieder ein in die Linie der Staatskirche, ohne daß der Staat seinerseits eine Verpflichtung übernimmt, die nicht-christlichen religiösen Bewegungen abzuwehren.

Die Linie der Staatskirche wird wieder hergestellt, die in der Kirchengeschichtsschreibung als Fehlentwicklung allgemein anerkannt wird. Die Abhängigkeit der Kirche vom Zeitgeist, die Schwachheit, sich -wegen ihrer geldlichen Abhängigkeit- als selbständige Größe zu behaupten, werden wieder eingeführt, die Verbindung, die früher mit den Worten: Thron und Altar bezeichnet wurde, wieder hergestellt.

III.

Am Montag, dem 27. August, findet eine Sitzung unseres Bruderrates mit den einzelnen Ämtern statt zur grundsätzlichen Besprechung der weiteren Arbeit. Wer Anregungen oder Fragen hat, schreibe sie in dieser Woche an ein Glied des Bruderrates !

Mit herzlichem Gruß !

Humburg, von Oettingen, Held, Beckmann, Wehr, Schlingensiepen,
Frowein, Heinemann, Mitze.